


Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 27.05.2015

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	22:55 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
stellv. Stadtratsvorsitzender:	Herr Horn
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)	
3.1.	Sportplatz Auenstraße	0766/15
3.2.	Aufwertung des Garagenstandortes	0779/15
3.3.	Verschiedenes	0799/15
3.4.	Zukunft Garagenstandorte	0851/15
3.5.	Flüchtlingspolitik	0975/15

3.6.	Demokratie oder Bürokratie - ÖPNV-Anbindung Wallichen	1008/15
3.7.	Kita-Bedarfsplanung 2015/16 und Kindergarten "Villa 3-Käse-Hoch"	1026/15
4.	Aktuelle Stunde	
5.	Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)	
5.1.	Dringliche Anfragen	
5.1.1.	Dringliche Anfrage - Dach IGS Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	1089/15
5.1.2.	Dringliche Anfrage - Multifunktionsarena Baustand Fragesteller: Herr Kemmerich, Fraktion FEIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	1090/15
5.1.3.	Dringliche Anfrage - Umlegungsverfahren in Hochheim Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU	1122/15
5.1.4.	Dringliche Anfrage - Geschäfte mit der Not anderer Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	1126/15
5.1.5.	Dringliche Anfrage - Rückzahlung von Kitagebühren und Essensgeldern in Streikzeiten Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	1127/15
5.2.	Anfragen	
5.2.1.	Schildbürgerstreich in der Wartburgstraße oder Unkenntnis der Örtlichkeit bei der Stadtverwaltung? Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU	0863/15
5.2.2.	Sanierungsstand in Erfurter Jugendhäusern Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU	0890/15
5.2.3.	Sportunterricht nur noch im Sommer auf der grünen Wiese? Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU	0899/15
5.2.4.	Kitaspielplatz Marbach Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU	0900/15

5.2.5.	Lange Nacht der Museen / mehrsprachige Hinweise und virtueller Rundgang Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU	0913/15
5.2.6.	MOL463 - Am Zwetschenberg Fragestellerin: Frau Tillmann, Fraktion CDU	0928/15
5.2.7.	Baumfällungen im Erfurter Stadtgebiet Fragesteller: Herr Pfistner, Fraktion CDU	0929/15
5.2.8.	Veranstaltungskalender mit Freizeit- und Kulturangeboten für Kinder und Jugendliche Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU	0969/15
5.2.9.	Kommunalentlastung Fragesteller: Herr Vothknecht, Fraktion CDU	1011/15
5.2.10.	Baulicher Zustand des Pfründnerhaus / Volkskundemuseum Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU	1014/15
5.2.11.	Rechtsradikales Konzert in der "Kammwegklause" Fragesteller: Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.	0923/15
5.2.12.	Umsetzung des Beschlusses des Stadtrates zur DS 2468/14 Fragesteller: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	0924/15
5.2.13.	Plakatierung zum 1. Mai 2015 Fragesteller: Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.	0925/15
5.2.14.	Leistungsbescheide und Geldbußen im Zusammenhang mit Wahlwerbung (Plakate) Fragesteller: Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.	0926/15
5.2.15.	"Sprechende" Straßenbahnen Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	1045/15
5.2.16.	Barrierefreie ÖPNV-Haltestellen Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	1046/15
5.2.17.	Lärmbelästigung in der Straße der Nationen durch Verkehr Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	1047/15

5.2.18.	Erhöhung der Kontogebühren durch die Sparkasse Mittelthüringen Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	1050/15
5.2.19.	Illegale Bebauung Schwerborner Straße 24 Fragesteller: Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.	1053/15
5.2.20.	"Kein Bier für Rassisten" - ein Konzept auch für Erfurt? Fragestellerin: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0953/15
5.2.21.	Umgang und Sensibilität mit Trauernden Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0954/15
5.2.22.	Parkende Autos auf der Rathausbrücke Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0966/15
5.2.23.	Verzicht auf glyphosathaltige Pestizide und Herbizide auf allen städtischen Flächen Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1030/15
5.2.24.	Standortwahl für Mobilfunkantennen bzw. -sendemasten Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1032/15
5.2.25.	Eckpunktepapier der kommunalen Abfallwirtschaft Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	1040/15
5.2.26.	GSD-Demo am 02.05.2015 Fragesteller: Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	1041/15
5.2.27.	Parkraumkonzeption Fragesteller: Herr Kemmerich, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	1042/15
5.2.28.	Sauberkeit in Parks und an Gehwegen Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	1043/15

5.2.29.	Bürgerbeteiligung zur BUGA 2021 Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	1044/15
5.2.30.	Kinderarmut Fragesteller: Herr Biczysko, fraktionslos	0701/15
5.2.31.	Rahmenplanung für Kerspleben und Töttleben Fragesteller: Herr Henkel, Ortsteilbürgermeister Kerspleben	0888/15
5.2.32.	Müllproblematik im GVZ Fragestellerin: Frau Palmowski, Ortsteilbürgermeisterin Hochstedt	0946/15
6.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
6.1.	Benennung 2. stellv. Mitglied Jugendhilfeausschuss Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	1024/15
6.2.	Ideelle Unterstützung des Projektes Wohnopia in der Grolmannstraße Einr.: Fraktion SPD, Fraktion CDU, Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	1143/15
7.	Entscheidungsvorlagen	
7.1.	Bebauungsplan JOV648 "Nördlich Leipziger Straße / Innsbrucker Weg" - Aufstellungsbeschluss, Vorentwurf und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung Einr.: Oberbürgermeister	2074/14
7.1.1.	Antrag der Verwaltung zur DS 2074/14 - Bebauungsplan JOV648 "Nördlich Leipziger Straße / Innsbrucker Weg" - Aufstellungsbeschluss, Vorentwurf und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung	0634/15
7.1.1.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 0634/15 - Antrag der Verwaltung zur DS 2074/14 - Bebauungsplan JOV648 "Nördlich Leipziger Straße / Innsbrucker Weg" - Aufstellungsbeschluss, Vorentwurf und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung	1150/15

7.2.	Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung des Grundstückes Hugo-John-Straße 8 Einr.: Oberbürgermeister	2141/14
7.3.	1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung und abwasserspezifischer Verwaltungsgebühren der Landeshauptstadt Erfurt (Abwassergebührensatzung) vom 30.05.2013 Einr.: Oberbürgermeister	2148/14
7.4.	Maßnahmenkatalog zur Stärkung der ambulanten pflegerischen Versorgung in der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	2462/14
7.4.1.	Änderungsantrag zur Drucksache 2462/14 - Maßnahmenkatalog zur Stärkung der ambulanten pflegerischen Versorgung in der Landeshauptstadt Erfurt	0893/15
7.5.	Eigenbetriebssatzung der Landeshauptstadt Erfurt für das Theater Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0026/15
7.5.1.	Antrag der CDU-Fraktion zur DS 0026/15 - Eigenbetriebssatzung der Landeshauptstadt Erfurt für das Theater Erfurt	1149/15
7.6.	1. Änderungssatzung zur Eigenbetriebssatzung für den Entwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0028/15
7.7.	Feststellung des Jahresabschlusses 2014 der KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbh Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0066/15
7.8.	Feststellung des Jahresabschlusses 2014 der Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH (ega) Einr.: Oberbürgermeister	0068/15
7.9.	23. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Erfurt hinsichtlich der Darstellungen für Vorhaben zur Nutzung der Windenergie - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	0131/15

7.10.	Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines städtischen Grundstücks in Kerspleben Einr.: Oberbürgermeister	0191/15
7.11.	Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines städtischen Grundstücks in Erfurt - Nord Einr.: Oberbürgermeister	0193/15
7.12.	Aufhebung der Nichtöffentlichkeit für den Beschlusspunkt 01 der Drucksache 0328/14 "Bereitstellung von Städtebaufördermitteln zur Fortschreibung des Rahmenplans in einem Teilgebiet des Sanierungsgebietes Äußere Oststadt" Einr.: Oberbürgermeister	0338/15
7.13.	2. Änderung Eintrittspreise des Thüringer Zooparkes Erfurt und des Aquariums Einr.: Oberbürgermeister	0369/15
7.14.	Zweckvereinbarung über die Erbringung von Dispositionsleistungen für die Bereiche Brand- und Katastrophenschutz, der Allgemeinen Hilfe und des Rettungsdienstes durch die Zentrale Leitstelle Erfurt im Auftrag des Landkreises Sömmerda Einr.: Oberbürgermeister	0393/15
7.15.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan ANV665 "Borntalbogen - Teilgebiet 1"; Einleitung des Verfahrens, Änderung des Aufstellungsbeschlusses, Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	0468/15
7.15.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 0468/15 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan ANV665 "Borntalbogen - Teilgebiet 1"; Einleitung des Verfahrens, Änderung des Aufstellungsbeschlusses, Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung	1132/15
7.16.	Flächennutzungsplanänderung Nr. 24 für den Bereich Andreasvorstadt "Borntalbogen" - Einleitungsbeschluss, Billigung des Entwurfes und Beteiligung der Öffentlichkeit Einr.: Oberbürgermeister	0486/15

7.17.	Zusammenführung von Fachbeirat UNESCO-Bewerbung und Kuratorium Alte Synagoge Einr.: Oberbürgermeister	0519/15
7.18.	Einwohnerantrag gem. § 16 ThürKO: "Verzicht auf den grundhaften Ausbau und der damit verbundenen Änderung der Verkehrsführung in der Nordhäuser Straße" - Entscheidung über die Zulässigkeit nach § 16 Abs. 3 ThürKO Einr.: Oberbürgermeister	0530/15
7.19.	Einwohnerantrag gem. § 16 ThürKO: "Verzicht auf den grundhaften Ausbau und der damit verbundenen Änderung der Verkehrsführung in der Nordhäuser Straße" Einr.: Oberbürgermeister	0532/15
7.20.	Bebauungsplan ALT672 "Johannesufer" - Aufstellungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	0534/15
7.21.	Tempo 30 vor allen Kindertageseinrichtungen Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0599/15
7.22.	Name der Multifunktionsarena Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0609/15
7.22.1.	Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur DS 0609/15 - Name der Multifunktionsarena	1148/15
7.23.	Reintegration des Erfurter Sportbetriebs in die Stadtverwaltung Erfurt Einr.: Fraktion CDU	0631/15
7.24.	Erfurt wird TTIP-freie Stadt Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE, Daniel Stassny (Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN), Peter Städter (Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN)	0651/15
7.25.	Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines Grundstücks in Erfurt-Nord Einr.: Oberbürgermeister	0786/15

- | | | |
|-------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|
| 7.26. | Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter in der Verwaltungsgerichtsbarkeit beim Verwaltungsgericht Weimar
Einr.: Oberbürgermeister | 0857/15 |
| 7.27. | Mandatswechsel - Mitglied im Regionalbeirat der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft "Region Erfurt-Weimar-Jena - Die Impuls-Region
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 0877/15 |
| 7.28. | Minderausgaben für Kita-Sanierung nutzen
Einr.: Fraktion CDU | 0965/15 |
| 8. | Informationen | |

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister eröffnete die 11. öffentliche Stadtratssitzung der Wahlperiode 2014 - 2019 und begrüßte alle Stadratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sodann übergab er die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden, Herrn Horn.

Herr Horn gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit dem stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Er fragte daraufhin, ob ein jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 04.11.2014 die Zustimmung erteilt, dass die Fraktion SPD für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Herr Horn stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgemäß nach § 35 Abs. 2 ThürKO erfolgte. Zu diesem Zeitpunkt waren 32 Mitglieder des Stadtrates anwesend. Damit war der Stadtrat beschlussfähig, so der stellvertretende Stadtratsvorsitzende.

Sodann wurde den Stadtratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, nachträglich gratuliert.

Abschließend wies der stellvertretende Stadtratsvorsitzende darauf hin, dass die Pause in der Zeit von 18.30 Uhr bis 19.00 Uhr stattfindet.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab folgende Änderungen zur Tagesordnung bekannt:

zusätzlich aufgenommen werden sollten:

- TOP 6.1- Drucksache 1024/15
Benennung 2. stellv. Mitglied Jugendhilfeausschuss
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende erklärte, dass zur Aufnahme in die Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei.

Daraufhin ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Drucksache unter TOP 6.1 in die Tagesordnung aufgenommen.

Zudem wies der stellvertretende Stadtratsvorsitzende darauf hin, dass die Wahl vor der Pause stattfinden wird.

- TOP 6.2 – Drucksache 1143/15
Ideelle Unterstützung des Projektes Wohnopia in der Grolmannstraße
Einr.: Fraktion SPD, Fraktion CDU, Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende erklärte, dass zur Aufnahme in die Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei.

Daraufhin ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Drucksache unter TOP 6.2 in die Tagesordnung aufgenommen.

Folgende Drucksachen sollten vorgezogen werden:

- TOP 7.18 – Drucksache 0530/15
Einwohnerantrag gem. § 16 ThürKO: "Verzicht auf den grundhaften Ausbau und der damit verbundenen Änderung der Verkehrsführung in der Nordhäuser Straße" - Entscheidung über die Zulässigkeit nach § 16 Abs. 3 ThürKO
Einr.: Oberbürgermeister

und
- TOP 7.19 – Drucksache 0532/15
Einwohnerantrag gem. § 16 ThürKO: "Verzicht auf den grundhaften Ausbau und der damit verbundenen Änderung der Verkehrsführung in der Nordhäuser Straße"
Einr.: Oberbürgermeister

Hierzu gab der stellvertretende Stadtratsvorsitzende bekannt, dass die Behandlung direkt nach der Pause erfolgen soll und die Drucksache 0530/15 sofort abgestimmt wird.

- TOP 7.26 – Drucksache 0857/15
Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter in der Verwaltungsgerechtheitsbarkeit beim Verwaltungsgericht Weimar
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass die Behandlung der Drucksache anschließend an die Beratung der Tagesordnungspunkte 7.18 und 7.19 erfolgen soll.

Anschließend soll der

- TOP 7.24 – Drucksache 0651/15
Erfurt wird TTIP-freie Stadt
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE, Daniel Stassny (Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN), Peter Städter (Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN), Peter Stampf (Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN)

vorgezogen und beraten werden.

Weiterhin gab der stellvertretende Stadtratsvorsitzende bekannt, dass der

- TOP 7.16 – Drucksache 0486/15
Flächennutzungsplanänderung Nr. 24 für den Bereich Andreasvorstadt "Borntalbogen" - Einleitungsbeschluss, Billigung des Entwurfes und Beteiligung der Öffentlichkeit
Einr.: Oberbürgermeister

vor den
- TOP 7.15 – Drucksache 0468/15
Vorhabenbezogener Bebauungsplan ANV665 "Borntalbogen - Teilgebiet 1"; Einleitung des Verfahrens, Änderung des Aufstellungsbeschlusses, Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung
Einr.: Oberbürgermeister

gezogen wird und beide Drucksache gemeinsam beraten und getrennt abgestimmt werden sollen.

Zudem wurde signalisiert, dass zu folgenden Tagesordnungspunkten keine Redebedarf besteht:

- TOP 7.2 – Drucksache 2141/14
Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung des Grundstückes Hugo-John-Straße 8
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 7.3 – Drucksache 2148/14
1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung und abwasserspezifischer Verwaltungsgebühren der Landeshauptstadt Erfurt (Abwassergebührensatzung) vom 30.05.2013
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 7.4 – Drucksache 2462/14
Maßnahmenkatalog zur Stärkung der ambulanten pflegerischen Versorgung in der Landeshauptstadt Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 7.6 – Drucksache 0028/15
1. Änderungssatzung zur Eigenbetriebssatzung für den Entwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 7.8 – Drucksache 0068/15
Feststellung des Jahresabschlusses 2014 der Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH (ega)
Einr.: Oberbürgermeister

- TOP 7.9 – Drucksache 0131/15
23. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Erfurt hinsichtlich der Darstellungen für Vorhaben zur Nutzung der Windenergie - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 7.10 – Drucksache 0191/15
Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines städtischen Grundstücks in Kerspleben
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 7.11 – Drucksache 0193/15
Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines städtischen Grundstücks in Erfurt - Nord
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 7.12 – Drucksache 0338/15
Aufhebung der Nichtöffentlichkeit für den Beschlusspunkt 01 der Drucksache 0328/14 "Bereitstellung von Städtebaufördermitteln zur Fortschreibung des Rahmenplans in einem Teilgebiet des Sanierungsgebietes Äußere Oststadt"
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 7.13 – Drucksache 0369/15
2. Änderung Eintrittspreise des Thüringer Zooparkes Erfurt und des Aquariums
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 7.14 – Drucksache 0393/15
Zweckvereinbarung über die Erbringung von Dispositionsleistungen für die Bereiche Brand- und Katastrophenschutz, der Allgemeinen Hilfe und des Rettungsdienstes durch die Zentrale Leitstelle Erfurt im Auftrag des Landkreises Sömmerda
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 7.16 – Drucksache 0486/15
Flächennutzungsplanänderung Nr. 24 für den Bereich Andreasvorstadt "Borntalbogen" - Einleitungsbeschluss, Billigung des Entwurfes und Beteiligung der Öffentlichkeit
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 7.17 – Drucksache 0519/15
Zusammenführung von Fachbeirat UNESCO-Bewerbung und Kuratorium Alte Synagoge
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 7.20 – Drucksache 0534/15
Bebauungsplan ALT672 "Johannesufer" - Aufstellungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 7.25 – Drucksache 0725/15
Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines Grundstücks in Erfurt-Nord
Einr.: Oberbürgermeister

- TOP 7.27 – Drucksache 0877/15
Mandatswechsel - Mitglied im Regionalbeirat der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft "Region Erfurt-Weimar-Jena - Die Impuls-Region"
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch. Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass dann jeweils nur der Tagesordnungspunkt aufgerufen und sofort abgestimmt wird.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung lagen nicht vor.

3. Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)

Es lagen sieben Einwohneranfragen schriftlich beantwortet vor. Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende verwies auf die Geschäftsordnung. Danach können vom Fragesteller zwei Nachfragen gestellt und die Anfrage auf Hinweis der Stadtratsmitglieder mit Beschluss ausschließlich auf die Tagesordnung der Sitzung der sachlich zuständigen Ausschüsse gesetzt werden.

3.1. Sportplatz Auenstraße 0766/15

Der Fragesteller war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

3.2. Aufwertung des Garagenstandortes 0779/15

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung.

Frau Hettstedt, Fraktion DIE LINKE., beantragte die Verweisung der Anfrage in den Jugendhilfeausschuss.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

3.3. Verschiedenes

0799/15

Der Fragesteller war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

3.4. Zukunft Garagenstandorte

0851/15

Der Fragesteller stellte folgende Nachfragen: "1. Ist in der Planung auch einbezogen, wie es mit den Garagen im Andreasrieth und im Fuchsgrund weiter geht? 2. Bis wann fallen diesbezüglich die Entscheidungen?" Hierzu sicherte der Oberbürgermeister eine schriftliche Beantwortung zu.	Drucksache 1243/15
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------

zur Kenntnis genommen

3.5. Flüchtlingspolitik

0975/15

Die Fragesteller waren nicht anwesend.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

Die Fragestellerin stellte folgende Nachfragen: "1. In der Begründung zum Fahrplan 2015 für die Haltestelle Wallichen wird auf Wirtschaftlichkeit verwiesen. Wir fragen, ist eine Bedienung der Haltestelle wie im Vorjahr - trotz des kleinen damit für die EVAG erzielten Gewinns nicht auch wirtschaftlich vertretbar? 2. In der Begründung zum neuen Fahrplan für Wallichen werden die Mindestvorgaben kommentarlos als Vorgaben bezeichnet – ist die daraus abgeleitete Verletzung vorrangigen Rechts und besonders die Einschränkung von Grundrechten der Einwohner gerichtsfest?" Hierzu sicherte der Oberbürgermeister eine schriftliche Beantwortung zu.	Drucksache 1156/15
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------

Zudem beantragte Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., die Verweisung der Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfragen in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Daraufhin beantragte Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Verweisung der Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfragen in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in die zuständigen Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurden die Anträge bestätigt und die Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfragen in die o. g. Ausschüsse verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

Der Fragesteller hinterfragte die verschiedenen Angaben freier Kitaplätze aus dem Jugendamt.	Drucksache 1163/15
----------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------

Zudem fragte er nach, welche Anzahl der Kinder – die des Jugendamtes (8.800) oder die des Amtes für Statistik (9.400) – korrekt sei.

Hierzu sicherte der Oberbürgermeister eine schriftliche Beantwortung zu.

Daraufhin beantragte Herr Pfistner die Verweisung der Anfrage inkl. der Beantwortung in den Jugendhilfeausschuss, zu der Sitzung, in der auch der neue Kita-Bedarfsplan beraten wird.

Weiterhin bat er um eine Auflistung der 500 genannten freien Kita-Plätze zur Ausschusssitzung.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfragen in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

4. Aktuelle Stunde

Es lag kein Antrag vor.

5. Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)

Die Anfragen lagen schriftlich beantwortet vor. Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende verwies auf die Geschäftsordnung. Danach können vom Fragesteller zwei Nachfragen gestellt und die Anfrage auf Beschluss in den zuständigen Ausschuss verwiesen werden.

Zuerst erfolgte der Aufruf der dringlichen Anfragen. Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass für eine Behandlung der Anfragen in der Sitzung die Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder stimmen müsse. Wenn diese Mehrheit erreicht sei, wird die Beantwortung ausgereicht.

5.1. Dringliche Anfragen

- 5.1.1. Dringliche Anfrage - Dach IGS 1089/15
Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Die Nachfrage des Fragestellers wurde vom Leiter des Amtes für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung beantwortet.

Zudem wurde dem Fragesteller eine Information zum Sachstand nach der Sommerpause zugesichert.

zur Kenntnis genommen

- 5.1.2. Dringliche Anfrage - Multifunktionsarena Baustand 1090/15
Fragesteller: Herr Kemmerich, Fraktion FEIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: 17
Enthaltungen: 2

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit nicht erreicht.

Dringlichkeit nicht bestätigt

5.1.3. Dringliche Anfrage - Umlegungsverfahren in Hochheim 1122/15
Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU

Zunächst begründete die Fragestellerin die Dringlichkeit der Anfrage.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12

Nein-Stimmen: 21

Enthaltungen: 3

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit nicht erreicht.

Dringlichkeit nicht bestätigt

5.1.4. Dringliche Anfrage - Geschäfte mit der Not anderer 1126/15
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 35

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 1

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Die Fragestellerin hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

5.1.5. Dringliche Anfrage - Rückzahlung von Kitagebühren und 1127/15
Essensgeldern in Streikzeiten
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 35
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Die Fragestellerin hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

5.2. Anfragen

- 5.2.1. Schildbürgerstreich in der Wartburgstraße oder Unkenntnis der Örtlichkeit bei der Stadtverwaltung? 0863/15**
Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU

Die Fragestellerin fragte nach, welche konkrete gesetzliche Vorschrift es verbietet in einer Tempo-30-Zone einen Fußgängerüberweg zu haben. Hierzu sicherte der Amtsleiter des Tiefbau- und Verkehrsamtes eine schriftliche Beantwortung zu.	Drucksache 1244/15
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------

zur Kenntnis genommen

- 5.2.2. Sanierungsstand in Erfurter Jugendhäusern 0890/15**
Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU

Hierzu lag dem Fragesteller zunächst eine Zwischenantwort vor.

Von Seiten der Verwaltung wurde dem Fragesteller eine abschließende Beantwortung im IV. Quartal 2015 zugesichert.

vertagt

- 5.2.3. Sportunterricht nur noch im Sommer auf der grünen Wiese? 0899/15**
Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU

<p>Die Nachfrage der Fragestellerin wurde durch die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur beantwortet.</p> <p>Weiterhin beantragte die Fragestellerin die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Bildung und Sport unter Hinzuziehung der Schulleitung und der Elternvertretung und bat um die nochmalige Beantwortung der Frage 3 ihrer Anfrage: "Was wird seitens der Stadtverwaltung unternommen, um den seit vielen Jahren stagnierenden Sanierungs- und Neubaubedarf aufzuholen und damit den Schulbetrieb der „GS 19“ zu verbessern?"</p> <p>Hierzu sicherte die Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften eine schriftliche Beantwortung zu.</p>	<p>Drucksache 1246/15</p>
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5.2.4. Kitaspielplatz Marbach 0900/15
Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU

Die Nachfragen des Fragestellers wurden von der Bürgermeisterin und Beigeordneten für Soziales, Bildung und Kultur beantwortet.

zur Kenntnis genommen

5.2.5. Lange Nacht der Museen / mehrsprachige Hinweise und virtueller Rundgang 0913/15
Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU

Die Fragestellerin bedankte sich für die Beantwortung und beantragte die Verweisung der Anfrage in den Kulturausschuss.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5.2.6. MOL463 - Am Zwetschenberg 0928/15
Fragestellerin: Frau Tillmann, Fraktion CDU

Die Fragestellerin bedankte sich für die Beantwortung und beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5.2.7. Baumfällungen im Erfurter Stadtgebiet 0929/15
Fragesteller: Herr Pfistner, Fraktion CDU

Die Nachfrage des Fragestellers wurde vom Oberbürgermeister beantwortet.

zur Kenntnis genommen

5.2.8. Veranstaltungskalender mit Freizeit- und Kulturangeboten für Kinder und Jugendliche 0969/15
Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und beantragte die Verweisung der Anfrage in den Jugendhilfeausschuss.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5.2.9. Kommunalentlastung 1011/15
Fragesteller: Herr Vothknecht, Fraktion CDU

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5.2.10. Baulicher Zustand des Pfründnerhaus / Volkskundemuseum 1014/15
Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU

Die Nachfrage der Fragestellerin wurde vom Oberbürgermeister beantwortet.

Zudem beantragte die Fragestellerin die Verweisung der Anfrage in den Kulturausschuss.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 2

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5.2.11. **Rechtsradikales Konzert in der "Kammwegklausen"** **0923/15**
 Fragesteller: Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

5.2.12. **Umsetzung des Beschlusses des Stadtrates zur DS** **0924/15**
 2468/14
 Fragesteller: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Die Fragestellerin war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

5.2.13. **Plakatierung zum 1. Mai 2015** **0925/15**
 Fragesteller: Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5.2.14. Leistungsbescheide und Geldbußen im Zusammenhang mit Wahlwerbung (Plakate) 0926/15
Fragesteller: Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 35
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5.2.15. "Sprechende" Straßenbahnen 1045/15
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Die Fragestellerin war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

5.2.16. Barrierefreie ÖPNV-Haltestellen 1046/15
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Die Fragestellerin war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

5.2.17. Lärmbelästigung in der Straße der Nationen durch Verkehr 1047/15
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

In Vertretung der Fragestellerin beantragte Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., die Verweisung der Anfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5.2.18. Erhöhung der Kontogebühren durch die Sparkasse Mittelthüringen 1050/15
Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

Die Fragestellerin war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

5.2.19. Illegale Bebauung Schwerborner Straße 24 1053/15
Fragesteller: Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

5.2.20. "Kein Bier für Rassisten" - ein Konzept auch für Erfurt? 0953/15
Fragestellerin: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

In Vertretung der Fragestellerin beantragte Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Verweisung der Anfrage in den Hauptausschuss und in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in die zuständigen Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 35
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in die o. g. Ausschüsse verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5.2.21. Umgang und Sensibilität mit Trauernden
Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

0954/15

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den nicht öffentlichen Teil des Hauptausschusses.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5.2.22. Parkende Autos auf der Rathausbrücke
Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

0966/15

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5.2.23. Verzicht auf glyphosathaltige Pestizide und Herbizide auf allen städtischen Flächen
Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1030/15

<p>Der Fragesteller nahm Bezug auf die Beantwortung. In dieser wurde ihm die Nachreichung der Flächenangaben zugesichert.</p> <p>Zudem fragte er nach, wie lang die Laufzeiten für Pachtverträge sind und ob die Laufzeitverlängerung für Pachtverträge eher kontinuierlich jedes Jahr erfolgt oder es eher Schwerpunktjahre gibt (und wenn ja welche das sind).</p> <p>Hierzu sicherte der Oberbürgermeister eine schriftliche Beantwortung zu.</p>	<p>Drucksache 1248/15</p>
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------

zur Kenntnis genommen

5.2.24. Standortwahl für Mobilfunkantennen bzw. -sendemasten 1032/15
Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 36
 Nein-Stimmen: 0
 Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5.2.25. Eckpunktepapier der kommunalen Abfallwirtschaft 1040/15
Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

<p>Der Fragesteller nahm Bezug auf die Verlagerung des Wertstoffhofes Erfurt Mitte und fragte nach, ob sich in Bezug auf das beschlossene Projekt für den Wertstoffhof inhaltliche Änderungen oder Änderungen des angesetzten Budgets ergeben.</p> <p>Hierzu sicherte der Oberbürgermeister eine schriftliche Beantwortung zu.</p>	<p>Drucksache 1160/15</p>
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------

Daraufhin beantragte der Fragesteller die Verweisung der Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.	
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5.2.26. GSD-Demo am 02.05.2015 1041/15
Fragesteller: Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Hierzu lag dem Fragesteller zunächst eine Zwischenantwort vor.

Der Fragesteller bat um Vertagung der Anfrage bis die abschließende Beantwortung vorliegt.

vertagt

5.2.27. Parkraumkonzeption 1042/15
Fragesteller: Herr Kemmerich, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Der Fragesteller nahm Bezug zur Beantwortung und bat um konkrete Aussagen über das Konzept der Verdrängung der gebietsfremden Langzeitparker.	Drucksache 1249/15
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------

Hierzu beantragte er die Verweisung der Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss.	Drucksache 1249/15
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------

Hierzu sicherte der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung eine schriftliche Beantwortung zu.	Drucksache 1249/15
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5.2.28. Sauberkeit in Parks und an Gehwegen 1043/15
Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

5.2.29. Bürgerbeteiligung zur BUGA 2021 1044/15
Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

<p>Der Fragesteller fragte nach, wie sich Bürger, die sich für die BUGA 2021 Ideen und Vorschläge erarbeitet haben, an die Stadtverwaltung wenden können.</p> <p>Hierzu sicherte der Oberbürgermeister eine schriftliche Beantwortung zum Ansprechpartner (Name, Telefonnummer und E-Mail-Adressen) zu.</p> <p>Daraufhin beantragte der Fragesteller die Verweisung der Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.</p>	<p>Drucksache 1161/15</p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfrage in den o. g. Ausschuss verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5.2.30. Kinderarmut 0701/15
Fragesteller: Herr Biczysko, fraktionslos

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

5.2.31. Rahmenplanung für Kerspleben und Töttleben 0888/15
Fragesteller: Herr Henkel, Ortsteilbürgermeister Kerspleben

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile und in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in die zuständigen Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 35
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in die o. g. Ausschüsse verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

5.2.32. Müllproblematik im GVZ 0946/15
Fragestellerin: Frau Palmowski, Ortsteilbürgermeisterin Hochstedt

Die Fragestellerin bat um die Prüfung der Möglichkeit für etwa ein halbes Jahr Abfallbehälter im GVZ zur Probe aufzustellen.	Drucksache 1162/15
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------

Zudem fragte sie nach, welche Ideen und Maßnahmen geplant sind, um einen LKW-Parkplatz (möglichst mit WC und Beleuchtung) im GVZ einzurichten.

Hierzu sicherte der Oberbürgermeister eine schriftliche Beantwortung zu.

Zudem beantragte der Herr Hose, Fraktion CDU, die Verweisung der Anfrage inkl. der Beantwortung der Nachfrage in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile sowie in den Bau- und Verkehrsausschuss.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende ließ über die Verweisung der Anfrage in die zuständigen Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Anfrage in die o. g. Ausschüsse verwiesen.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen

6.1. Benennung 2. stellv. Mitglied Jugendhilfeausschuss 1024/15 Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 6.2 behandelt.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt:

- Die Anzahl der anwesenden Mitglieder des Stadtrates beträgt 38.
- Jedes Mitglied des Stadtrates hat eine Stimme.
- Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat (§ 39 Abs. 2 ThürKO).
Die erforderliche Mehrheit beträgt somit 20 Stimmen.

Die Drucksache wurde ohne Vorberatung behandelt.

Daraufhin wurde die Wahlkommission nach vorn gebeten.

Im Anschluss fand die Wahlhandlung und Auszählung der Stimmen statt.

Sodann erfolgte die Pause.

Nach der Pause wurde folgendes Wahlergebnis durch Herrn Gillmann, Stadtratsreferent, bekannt gegeben:

Stimmen für Frau Christiane Schubert: 30

Nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses gratulierte der stellvertretende Stadtratsvorsitzende der Gewählten.

gewählt

Beschluss:

Frau Christiane Schubert wird als 2. stellv. Mitglied für den Jugendhilfeausschuss benannt.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon	
anwesend:	38
abgegebene Stimmen:	33
erforderliche Mehrheit:	20

Stimmen für Frau Christiane Schubert: 30

Im Anschluss wurde der TOP 7.18 zur Beratung aufgerufen.

6.2.	Ideelle Unterstützung des Projektes Wohnopia in der Grolmannstraße	1143/15
	Einr.: Fraktion SPD, Fraktion CDU, Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt werde.

An der Diskussion beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU,
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD,
- Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.,
- Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN und
- Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur.

Hierbei erläuterte jede Fraktion aus der jeweiligen Sichtweise die Intention der Vorlage. Das Projekt werde interfraktionell unterstützt, so die Vertreter der Fraktionen.

Zudem appellierte Herr Bärwolff an den Aufsichtsrat der KoWo für die Mitarbeit am Projekt.

Frau Thierbach kritisierte die kurzfristige Einreichung der Drucksache und erläuterte den Sachstand sowie die Grundlagen, welche zunächst notwendig sind für dieses Projekt. Hierbei seien noch Probleme zu klären und Gespräche zu führen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 36 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Erfurter Stadtrat unterstützt das Projekt Wohnopia in der Grolmannstraße ideell.

02

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das in der Anlage 1 befindliche Interessenbekundungsverfahren entsprechend Beschlusspunkt 01 auszufertigen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.)

Im Anschluss an die Abstimmung fand die Wahl unter TOP 6.1 statt.

7. Entscheidungsvorlagen

- 7.1. Bebauungsplan JOV648 "Nördlich Leipziger Straße / Innsbrucker Weg" - Aufstellungsbeschluss, Vorentwurf und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
Einr.: Oberbürgermeister 2074/14**

Dieser TOP wurde nach dem Tagesordnungspunkt 7.24 behandelt.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass zur Drucksache ein Antrag der Verwaltung mit Drucksache 0634/15 vorliegt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 05.05.2015 in der Fassung des Antrages der Verwaltung (Drucksache 0634/15) einstimmig (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 1150/15 vor. Dieser änderte den Antrag der Verwaltung (Drucksache 0634/15).

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intention des Antrages seiner Fraktion. Da es jedoch einige Nachfragen gab, änderte bzw. ersetzte er den Antrag (Drucksache 1150/15) seiner Fraktion wie folgt:

"Um die Funktion der Klimaschutzzone 2 nicht weiter zu beeinträchtigen, soll die Höhe der Gebäude ungefähr auf die Höhe der benachbarten Schienentrasse begrenzt werden."

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, ging direkt auf die Aussagen seines Vorredners ein und erklärte, dass am dortigen Standort eine Lärmschutzwand mit einer Höhe über 2,50 m errichtet werden soll.

Hierzu erklärte Herr Kanngießer, dass somit der mündlich geänderte Antrag unschädlich sei, da keine konkreten Meterangaben enthalten sind.

Sodann bezog der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung Stellung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Er gab zu Bedenken, dass es zu spät für den jetzigen Verfahrensschritt sei, aber der Vorschlag im nächsten Schritt berücksichtigt werden könnte.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, kritisierte den sehr kurzfristig eingereichten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, da eine Vorberatung im Ausschuss nicht mehr erfolgen konnte. Zudem müsse dieser inhaltlich erst im Prozess abgewogen werden und daher lehnte er den Antrag ab.

Daraufhin zog Herr Kanngießer den Antrag seiner Fraktion (Drucksache 1150/15) zurück.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, erläuterte abschließend seine Sichtweise zur Drucksache und begrüßte im Namen seiner Fraktion den Aufstellungsbeschluss.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache in Fassung des Antrages der Verwaltung (Drucksache 0634/15) auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 39 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Für den Bereich Leipziger Straße 71 soll gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB der Bebauungsplan JOV648 „Nördlich Leipziger Straße / Innsbrucker Weg“ aufgestellt werden. Der Bereich wird entsprechend der zeichnerischen Festsetzung des Geltungsbereiches im Vorentwurf zum Bebauungsplan umgrenzt.

Mit dem Bebauungsplan werden u.a. folgende Planungsziele angestrebt:

- Geordnete städtebauliche Entwicklung und Revitalisierung einer Gewerbebrache
- Entwicklung eines Gewerbegebietes mit einem dem Umfeld angepassten Störgrad
- Festsetzung von Umweltschutzmaßnahmen
- Ausschluss von Einzelhandel und Vergnügungsstätten
- Allgemeine Zulässigkeit von Anlagen für soziale, gesundheitliche und kulturelle Zwecke.

02

Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

03

Der Vorentwurf des Bebauungsplanes JOV648 „Nördlich Leipziger Straße / Innsbrucker Weg“ in seiner Fassung vom 13.04.2015 (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) werden gebilligt.

04

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist durch öffentliche Auslegung des Vorentwurfes des Bebauungsplanes JOV648 „Nördlich Leipziger Straße / Innsbrucker Weg“ und dessen Begründung durchzuführen.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, sind gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB zu beteiligen.

05

Zeitpunkt, Ort und Dauer der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sind ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Vorhabenträger einen erforderlichen städtebaulichen Vertrag gem. § 11 BauGB zur Vorbereitung und Durchführung dieses Bebauungsplanverfahrens abzuschließen.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 2 a – d beigelegt.)

7.1.1. Antrag der Verwaltung zur DS 2074/14 - Bebauungsplan 0634/15
 JOV648 "Nördlich Leipziger Straße / Innsbrucker Weg" -
 Aufstellungsbeschluss, Vorentwurf und frühzeitige Öff-
 fentlichkeitsbeteiligung

bestätigt

- 7.1.1.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 1150/15
0634/15 - Antrag der Verwaltung zur DS 2074/14 - Be-
bauungsplan JOV648 "Nördlich Leipziger Straße / Inns-
brucker Weg" - Aufstellungsbeschluss, Vorentwurf und
frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

zurückgezogen

- 7.2. Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung des 2141/14
Grundstückes Hugo-John-Straße 8
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 26.05.2015 einstimmig bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Veräußerung des Grundstückes Hugo-John-Straße 8, Gemarkung Ilversgehofen, Flur 4, Flurstück 34/14 mit 10.527 m² sowie Flurstück 45/8 mit 181 m² mindestens zum Verkehrswert nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung. Alternativ zur Veräußerung soll auch die Bestellung eines Erbbaurechtes mit einer Laufzeit von maximal 90 Jahren zu mindestens 4 % Erbbauzins möglich sein.

02

Der Stadtrat erklärt die Belastungsvollmacht für eine noch aufzunehmende Grundschuld zur Finanzierung des Kaufpreises und der Investition für dieses Grundstück.

03

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die in den Beschlusspunkten 01 und 02 genannten Festlegungen umzusetzen.

- 7.3. 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von 2148/14
Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Abwasser-
beseitigungseinrichtung und abwasserspezifischer Ver-
waltungsgebühren der Landeshauptstadt Erfurt (Abwas-
sergebührensatzung) vom 30.05.2013
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Werkausschuss Entwässerungsbetrieb die Drucksache in seiner Sitzung am 07.05.2015 einstimmig bestätigte (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die als Anlage 01 beigefügte 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung und abwasserspezifischer Verwaltungsgebühren der Landeshauptstadt Erfurt (Abwassergebührensatzung) vom 30.05.2013.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Änderungssatzung gemäß § 2 Abs. 5 ThürKAG der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen und einen Monat nach Eingang bei der Rechtsaufsichtsbehörde im Amtsblatt zu veröffentlichen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.)

7.4. Maßnahmenkatalog zur Stärkung der ambulanten pflegerischen Versorgung in der Landeshauptstadt Erfurt 2462/14
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung die Drucksache in seiner Sitzung am 06.05.2015 inkl. dem Antrag der Verwaltung (Drucksache 0893/15) einstimmig bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache in Fassung des Antrages der Verwaltung (Drucksache 0893/15).

Im Anschluss an die Abstimmung bat der stellvertretende Stadtratsvorsitzende die Fraktionsvorsitzenden zur Beratung über den Fortgang der Sitzung nach vorn.

Es wurde sich fraktionsübergreifend darauf geeinigt, mit der Tagesordnung weiter fortzufahren.

mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Maßnahmenkatalog zur Stärkung der ambulanten pflegerischen Versorgung in der Landeshauptstadt Erfurt wird ohne zusätzliches Personal beschlossen.

02

Im künftigen Verwaltungshandeln ist der Maßnahmenkatalog im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel zu berücksichtigen.

7.4.1. Änderungsantrag zur Drucksache 2462/14 - Maßnahmenkatalog zur Stärkung der ambulanten pflegerischen Versorgung in der Landeshauptstadt Erfurt 0893/15

bestätigt

7.5. Eigenbetriebssatzung der Landeshauptstadt Erfurt für das Theater Erfurt 0026/15
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache in der gemeinsamen Sitzung des Werkausschusses Theater Erfurt mit dem Kulturausschuss am 07.05.2015 wie folgt votiert wurde:

- Kulturausschuss
bestätigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0
- Werkausschuss Theater Erfurt
bestätigt Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 1149/15 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Herr Vothknecht, Fraktion CDU, ging auf die Diskussion in der gemeinsamen Sitzung zur Vorlage ein. Dahingehend reichte seine Fraktion den vorliegenden Änderungsantrag ein, welchen er inhaltlich mit dem Hinweis, dass dieser im Ausschuss der Tenor aller Fraktionen war, erläuterte.

Die Nachfrage von Herrn Vothknecht wurde durch Frau Hoyer, Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt sowie von Herrn Hilge, Beigeordneter für Bürgerservice und Sicherheit und Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur beantwortet.

Zudem erläuterte Frau Walsmann, Fraktion CDU, die Intention des Antrages ihrer Fraktion.

Herr Prof. Dr. Merforth, Fraktion SPD, nahm ebenfalls Bezug auf die gemeinsame Ausschusssitzung und verwies auf die fraktionsübergreifenden Aussagen.

Abschließend bestätigte Herr Stampf, dass der inhaltliche Konsens aus dem Wirtschaftsausschuss das kostendeckende Prinzip war.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 1149/15), welcher die Ursprungsdrucksache ergänzte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 35
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 5

Somit wurde dieser bestätigt und es erfolgte die Endabstimmung der Ursprungsdrucksache inkl. der zuvor bestätigten Ergänzung.

mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Eigenbetriebssatzung der Landeshauptstadt Erfurt für das Theater Erfurt gemäß Anlage 1.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Satzung gemäß § 21 Absatz 3 ThürKO der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen und eine vorzeitige Bekanntmachung zu beantragen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 5 beigefügt.)

7.5.1. Antrag der CDU-Fraktion zur DS 0026/15 - Eigenbetriebssatzung der Landeshauptstadt Erfurt für das Theater Erfurt 1149/15

bestätigt Ja 35 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

7.6. 1. Änderungssatzung zur Eigenbetriebssatzung für den Entwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister 0028/15

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Werkausschuss Entwässerungsbetrieb die Drucksache in seiner Sitzung am 07.05.2015 einstimmig bestätigte (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die als Anlage 1 beigefügte 1. Änderungssatzung zur Eigenbetriebssatzung für den Entwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Erfurt.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Änderungssatzung gemäß § 21 Abs. 3 ThürKO der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen und einen Monat nach Eingang bei der Rechtsaufsichtsbehörde im Amtsblatt zu veröffentlichen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 6 beigefügt.)

7.7. **Feststellung des Jahresabschlusses 2014 der KoWo** 0066/15
 Kommunale Wohnungsgesellschaft mbh Erfurt
 Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen die Drucksache in seiner Sitzung am 07.05.2015 bestätigte (Ja 6 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0).

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, erläuterte seine Sichtweise zur Vorlage. Der Ausschüttung in Höhe von 500.000 Euro an die Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt, welche im Beschlusspunkt 02 enthalten ist, werde seine Fraktion nicht zustimmen. Wie er bereits in der Vorberatung im Ausschuss gemeinsam mit der Fraktion CDU ankündigte, solle der Beschlusspunkt 02 lauten: "*Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2014 in Höhe von 3.182.710,83 EUR ist wie folgt zu verwenden:*

- *verbleibt als Gewinnrücklage in der Gesellschaft.*"

Der Punkt a) und b) ist zu streichen, so Herr Stampf. Auf Grund dieser Änderung beantragte er die Beschlusspunkte 01 und 03 – 05 im Block und den Beschlusspunkt 02 einzeln abzustimmen.

Herr Metz, Fraktion SPD, ging kurz auf die Aussagen seines Vorredners ein.

Frau Walsmann, Fraktion CDU, erläuterte und begründete die Sichtweise ihrer Fraktion und bestätigte die Aussagen von Herrn Stampf dahingehend, dass der Beschlusspunkt 02 wie genannt lauten solle. "*Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2014 in Höhe von 3.182.710,83 EUR ist wie folgt zu verwenden:*

- *Einstellung des verbleibenden Betrages in Höhe von 2.682.710,83 EUR in „Andere Gewinnrücklagen“.*"

Zudem stimmte sie ebenfalls der beantragten Blockabstimmung der Beschlusspunkte 01 und 03 – 06, sowie der Einzelabstimmung des mündlich vorgetragenen Beschlusspunktes 02 zu. Abschließend bedankte sie sich im Namen ihrer Fraktion bei dem Geschäftsführer der KoWo für die erfolgreiche Arbeit.

Daraufhin verlaß der stellvertretende Stadtratsvorsitzende die beantragte Änderung des Beschlusspunktes 02.

Der Oberbürgermeister ging in seinen Ausführungen auf die Entwicklung der KoWo ein und begründete die Intention der Drucksache und mit dem Hinweis auf die aktuelle Haushaltslage der Stadt die Notwendigkeit der Ausschüttung gemäß Beschlusspunkt 02 der Vorlage.

Auf die Aussagen von Herrn Stampf reagierten Frau Stange, Fraktion DIE LINKE. und Herr Pfistner, Fraktion CDU.

Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE., erläuterte seinen Sichtweise zur Vorlage und gab bekannt, dass seine Fraktion der Änderung des Beschlusspunktes 02 nicht zustimmen, sondern die Ursprungsdrucksache bestätigen werde.

Herr Hilge, Beigeordneter für Bürgerservice und Sicherheit, ging auf die Änderung im Beschlusspunkt 02 ein und wies darauf hin, dass die rechtlich richtige Formulierung der Antrag von Frau Walsmann sei.

Damit zog Herr Stampf seine Formulierung des Beschlusspunktes 02 zurück und schloss sich der von Frau Walsmann an.

Herr Kemmerich, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, wies nochmals darauf hin, dass die Änderung des Beschlusspunktes 02 gemeinsam von der Fraktion CDU und der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN beantragt wurde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zunächst die Drucksache mit dem geänderten Beschlusspunkt 02 zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	25
Enthaltungen:	1

Damit wurde dieser abgelehnt.

Sodann ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die Ursprungsdrucksache abstimmen.

beschlossen Ja 28 Nein 11 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister die Zustimmung, in der Gesellschafterversammlung der KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt zur Feststellung des Jahresabschlusses 2014 folgende Beschlüsse zu fassen:

01

Der Jahresabschluss 2014 der KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH mit einer Bilanzsumme von 345.087.088,86 EUR und einem Jahresüberschuss von 3.182.710,83 EUR, geprüft von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft –und Steuerberatungsgesellschaft Bavaria Revisions- und Treuhand AG und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen, wird festgestellt.

02

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2014 in Höhe von 3.182.710,83 EUR ist wie folgt zu verwenden:

- a) 500.000 EUR Ausschüttung an die Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt;
- b) Einstellung des verbleibenden Betrages in Höhe von 2.682.710,83 EUR in „Andere Gewinnrücklagen“.

Der an die Gesellschafterin auszuschüttende Betrag ist vier Wochen nach Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung fällig.

03

Der Geschäftsführer Herr Friedrich Hermann wird für das Geschäftsjahr 2014 entlastet.

04

Der Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2014 entlastet.

05

Als Wirtschaftsprüfer für den Jahresabschluss 2015 der KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz und des Lageberichtes 2015 wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft –und Steuerberatungsgesellschaft Bavaria Revisions- und Treuhand AG bestellt. Der Prüfungsbericht ist der Gesellschafterin auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

- 7.8. Feststellung des Jahresabschlusses 2014 der Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH (ega) 0068/15
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen die Drucksache in seiner Sitzung am 07.05.2015 einstimmig bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister die Zustimmung, in der Gesellschafterversammlung der Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH zur Feststellung des Jahresabschlusses 2014 folgende Beschlüsse zu fassen:

01

Der Jahresabschluss 2014 der Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH mit einer Bilanzsumme von 14.793.003,01 EUR und einem Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 5.276.255,51 EUR, geprüft von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen, wird festgestellt. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.276.255,51 EUR wurde gemäß Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag durch die SWE Stadtwerke Erfurt GmbH ausgeglichen.

02

Die Geschäftsführerin Frau Kathrin Weiß wird für das Geschäftsjahr 2014 entlastet.

03

Der Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2014 entlastet.

04

Als Wirtschaftsprüfer für den Jahresabschluss 2015 der Erfurter Garten- und Ausstellungs GmbH einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz und des Lageberichtes 2015 wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG bestellt. Der Prüfungsbericht ist der Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

- 7.9. 23. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Erfurt hinsichtlich der Darstellungen für Vorhaben zur Nutzung der Windenergie - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss 0131/15
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 05.05.2015 einstimmig bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Erfurt soll hinsichtlich der Darstellungen für Vorhaben zur Nutzung der Windenergie gemäß § 1 Abs. 8 i.V.m. § 2 BauGB geändert werden.

02

Der Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekanntzumachen.

- 7.10. Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines städtischen Grundstücks in Kerspleben 0191/15
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Kerspleben die Drucksache in seiner Sitzung am 11.05.2015 einstimmig bestätigte (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 26.05.2015 ebenfalls einstimmig (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat stimmt der Veräußerung des Grundstückes "Futtergasse 2" in der Gemarkung Kerspleben, Flur 1, Flurstück 63/2 mit einer Fläche von 397 m² mindestens zum Verkehrswert und nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung zu. Alternativ zur Veräußerung soll auch die Bestellung eines Erbbaurechtes mit einer Laufzeit von maximal 90 Jahren zu mindestens 4 % Erbbauzins möglich sein.

02

Der Stadtrat erklärt außerdem die Belastungsvollmacht für noch aufzunehmende Grundschulden zur Finanzierung des Kaufpreises und der Investitionen für dieses Grundstück.

03

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die in den Beschlusspunkten 01 und 02 genannten Festlegungen umzusetzen.

7.11. Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines städtischen Grundstücks in Erfurt - Nord 0193/15
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 26.05.2015 einstimmig bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat stimmt der Veräußerung des Grundstückes "Mittelstraße 28" in der Gemarkung Erfurt - Nord, Flur 11, Flurstück 185 sowie einer noch zu vermessenden Teilfläche aus dem Flurstück 269/1 mit insgesamt ca. 292 m² mindestens zum Verkehrswert und nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung zu. Alternativ zur Veräußerung soll auch die Bestellung eines Erbbaurechtes mit einer Laufzeit von maximal 90 Jahren zu mindestens 4 % Erbbauzins möglich sein.

7.13. 2. Änderung Eintrittspreise des Thüringer Zooparkes Erfurt und des Aquariums 0369/15
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Werkausschuss Thüringer Zoopark Erfurt die Drucksache in seiner Sitzung am 07.05.2015 mit Änderungen bestätigte (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Hierbei handelte es sich um folgende redaktionelle Änderung, in der Anlage 1, Seite 2:

Neufassung mit 2. Änderung - Aquarium
...
¹ Ermäßigungsberechtigte sind Inhaber des Sozialausweises der Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung, Schüler, Studierende und Menschen mit Schwerbehinderungen ab einem Grad der Behinderung von 50 (Die Ermäßigungsberechtigung ist durch einen entsprechenden Ausweis nachzuweisen.).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache inkl. redaktioneller Änderung.

mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Änderung der Eintrittspreise im Thüringer Zoopark Erfurt und Aquarium gemäß Anlage 2 zum 01.06.2015.

02

Der Beschluss zur Drucksache Nr. 2218/14 aus der weiterführenden Sitzung des Stadtrates vom 18.12.2014 " Eintrittspreise Thüringer Zoopark Erfurt" (veröffentlicht im Amtsblatt vom 31.12.2014) wird aufgehoben.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 9 beigelegt.)

7.14. Zweckvereinbarung über die Erbringung von Dispositionsleistungen für die Bereiche Brand- und Katastrophenschutz, der Allgemeinen Hilfe und des Rettungsdienstes durch die Zentrale Leitstelle Erfurt im Auftrag des Landkreises Sömmerda 0393/15
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile die Drucksache in seiner Sitzung am 05.05.2015 einstimmig bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 07.05.2015 ebenfalls einstimmig (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt stimmt der Neufassung der Zweckvereinbarung zum Aufbau und Inbetriebnahme einer gemeinsamen integrierten Leitstelle zu.

02

Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister zur Unterzeichnung der Zweckvereinbarung über die Übertragung von Dispositionsleistungen für die Bereiche des Brand- und Katastrophenschutzes, der Allgemeinen Hilfe und des Rettungsdienstes durch den Landkreis Sömmerda auf die Zentrale Leitstelle Erfurt.

(redakt. Hinweis: Die Neufassung der Zweckvereinbarung ist der Niederschrift als Anlage 10 beigelegt.)

7.15. Vorhabenbezogener Bebauungsplan ANV665 "Borntalbogen - Teilgebiet 1"; Einleitung des Verfahrens, Änderung des Aufstellungsbeschlusses, Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung 0468/15
Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 7.16

mit Änderungen beschlossen Ja 39 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan EFN070 für den Bereich zwischen Borntalweg, Blumenstraße und B4 (Beschluss des Stadtrates Nr. 222/91 vom 25.09.1991), bekannt gemacht im Amtsblatt der Stadt Erfurt Nr. 25 am 13.11.1991 wird gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB aufgehoben.

03

Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan ANV665 "Borntalbogen", beschlossen am 01.10.2014 (Beschluss Nr. 1427/14), wird wie folgt geändert:

Änderung der Bezeichnung in vorhabenbezogener Bebauungsplan ANV665 "Borntalbogen - Teilgebiet 1".

Mit der Planung werden folgende Ziele verfolgt:

- Errichtung einer Quartiersgarage
- Fassung des Borntalweges mit einer Wohnbebauung.

Der geänderte Geltungsbereich wird begrenzt:

im Nordwesten, im Nordosten, im Südosten und im Südwesten durch die äußeren Grenzen des Flurstücks 28/4, der Gemarkung Erfurt-Nord, Flur 2.

04

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ANV665 "Borntalbogen - Teilgebiet 1" in seiner Fassung vom 11.03.2015 bestehend aus der Planzeichnung mit den textlichen Festsetzungen (Anlage 2) und mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 3), die Begründung (Anlage 4) sowie die Zwischenabwägung (Anlage 5) werden gebilligt.

05

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ANV665 "Borntalbogen - Teilgebiet 1", der Vorhaben- und Erschließungsplan und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, sind gemäß § 4 Abs. 2 Satz 1 BauGB zu beteiligen.

06

Der Aufhebungsbeschluss sowie der Einleitungs- und geänderte Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

Zeitpunkt, Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung und die Angaben zu den Arten verfügbarer umweltbezogener Informationen sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

07

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Antragsteller (Vorhabenträger) den erforderlichen Durchführungsvertrag gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB zur Vorbereitung und Durchführung dieses Bebauungsplanverfahrens abzuschließen.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 8 a – f beigelegt.)

7.15.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 1132/15
0468/15 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan ANV665
"Borntalbogen - Teilgebiet 1"; Einleitung des Verfahrens,
Änderung des Aufstellungsbeschlusses, Billigung des
Entwurfes und öffentliche Auslegung

bestätigt mit Änderungen Ja 36 Nein 3 Enthaltung 1 Befangen 0

7.16. Flächennutzungsplanänderung Nr. 24 für den Bereich 0486/15
Andreasvorstadt "Borntalbogen" - Einleitungsbeschluss,
Billigung des Entwurfes und Beteiligung der Öffentlich-
keit
Einr.: Oberbürgermeister

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes erfolgte nach dem TOP 7.7.

Gemäß der Vereinbarung unter TOP 2 werde der TOP 7.16 vor den TOP 7.15 gezogen und beide Tagesordnungspunkte gemeinsam beraten und getrennt abgestimmt, so der stellvertretende Stadtratsvorsitzende.

Zum TOP 7.16 – Drucksache 0486/15 gab der stellvertretende Stadtratsvorsitzende bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 05.05.2015 einstimmig bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Für den Bereich Andreasvorstadt „Borntalbogen“ soll gemäß § 2 i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB der Flächennutzungsplan geändert werden.

02

Der Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekanntzumachen.

03

Der Entwurf der Flächennutzungsplan- Änderung Nr. 24 für den Bereich Andreasvorstadt „Borntalbogen“ in seiner Fassung vom 26.02.2015 (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) werden gebilligt.

04

Das Verfahren zur Flächennutzungsplan- Änderung Nr. 24 für den Bereich Andreasvorstadt „Borntalbogen“ wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Im vereinfachten Verfahren wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB von der Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.

05

Der Entwurf der Flächennutzungsplan- Änderung Nr. 24 für den Bereich Andreasvorstadt „Borntalbogen“ und dessen Begründung sind nach § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

06

Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, sind gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

07

Zeitpunkt, Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über die Flächennutzungsplan- Änderung Nr. 24 unberücksichtigt bleiben können.

Anschließend rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende den TOP 7.15 – Drucksache 0468/15 zur Beratung auf und gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 05.05.2015 bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 1132/15 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intention des Antrages seiner Fraktion. Zudem ging er auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag ein und gab bekannt, dass seine Fraktion die Empfehlungen aus der Stellungnahme der Verwaltung übernehmen wird, welche sich auf folgende Punkte der Anlage 2 zur Drucksache beziehen:

- Im Punkt 5.5 wurde der letzte Satz des Änderungsantrages gestrichen. Somit lautet dieser :
Innerhalb der festgesetzten Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft M5 sind 7 heimische Bäume I. Ordnung und 5 heimische Bäume II. Ordnung, davon 4 Obstbäume, zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Pflanzqualität Bäume I. und II. Ordnung Hochstamm Stammumfang 18-20 cm. Die bestehenden Bäume sind zu erhalten. Die Fläche ist mit einheimischen Sträuchern zu bepflanzen und dauerhaft zu erhalten.
- Im Punkt 9.3 sollte laut der Stellungnahme der Verwaltung der Prozentanteil der Begrünung statt *mindestens 30%* lediglich 25% betragen. Somit lautete dieser:

Die Fassaden der Quartiersgarage Ga1 sind als elementierte Fassade (vertikal, horizontal bzw. diagonal angeordnete Holzlattung) auszuführen. 25% der Fassaden sind mit heimischen Kletterpflanzen zu begrünen.

- Zum Punkt 9.4 gab es keine Empfehlung von Seiten der Verwaltung, somit blieb dieser in der Fassung gemäß des Antrages (Drucksache 1132/15):
Die Fassaden der Quartiersgarage Ga2 sind als Putzflächen innerhalb des Farbspektrums S 2005-y oder S 1002-y nach der Codierung des NCS-Farbsystems oder alternativ als Sichtbetonflächen auszuführen. Die ostseitige Fassade ist mit heimischen Kletterpflanzen zu begrünen.
- Zudem sollte der Hinweis aus der Stellungnahme der Verwaltung zur Ergänzung der Ermächtigungsgrundlage (§ 88 Abs. 1 Nr. 6 ThürBO) übernommen werden.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, bat darum, solche - wenn auch kleine - Änderungen frühzeitiger einzureichen, um diese in der Vorberatung in den zuständigen Fachausschüssen besprechen zu können. Seine Fraktion werde der Drucksache inkl. den Änderungen zustimmen.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, begrüßte die Aussagen seines Vorredners und teilte mit, dass seine Fraktion der Drucksache inkl. der Änderungen ebenfalls zustimmen werde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 1132/15), welcher die Ursprungsdrucksache ergänzte, inkl. den mündlichen Änderungen zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	1

Damit wurde dieser bestätigt und es erfolgte die Endabstimmung der Ursprungsdrucksache inkl. den Ergänzungen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	39
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

Somit wurde diese beschlossen.

7.17. Zusammenführung von Fachbeirat UNESCO-Bewerbung und Kuratorium Alte Synagoge Einr.: Oberbürgermeister 0519/15

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Kulturausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 07.05.2015 einstimmig bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

- Die Vertreter des Einwohnerantrages, Herr Heinemann, Frau Hantke, Herr Krosse und Herr Zwick wurden zur Stadtratssitzung eingeladen.
- Den Vertretern des Einwohnerantrages wurde ein Rederecht von 10 min gewährt, wobei das Rederecht 5 min von Herrn Heinemann und 5 min von Frau Hantke wahrgenommen wurde.
- Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.
- Durch die Bürgerinitiative wurde eine Gegenargumentation vorgelegt. Dazu lag ebenfalls eine Stellungnahme der Verwaltung vor.
- Der Bau- und Verkehrsausschuss lehnte die Drucksache in seiner Sitzung am 30.04.2015 ab (Ja 2 Nein 6 Enthaltung 2 Befangen 0).
- Der Hauptausschuss lehnte die Drucksache in seiner Sitzung am 26.05.2015 ebenfalls ab (Ja 2 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0).

Zu Beginn erhielten die Vertreter des Einwohnerantrages das Rederecht und erläuterten ihre Sichtweise zum grundhaften Ausbau und der damit verbundenen Änderung der Verkehrsführung in der Nordhäuser Straße. Hierbei wurden eingehend die Situation vor Ort und der Anwohner beleuchtet. Abschließend appellierten sie an den Stadtrat mit dem Hintergrund, ob eine Sanierung in diesem Umfang wirklich für notwendig gehalten werde mit der Bitte um Zustimmung zur Drucksache.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte seine Sichtweise zur Thematik und sprach sich gegen den Einwohnerantrag aus.

Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., nahm Bezug auf die Situation und wies darauf hin, dass die Verwaltung einen neuen Antrag mit Bürgerbeteiligung in Aussicht gestellt habe. Dagegen sprach er sich für eine neue Vorgehensweise der Verwaltung mit dem Zugang auf die Bürger aus. Dementsprechend werde seine Fraktion den vorliegenden Antrag inhaltlich ablehnen.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, erklärte dem Ansinnen nach dem Antrag zustimmen zu wollen, forderte jedoch mehr Bürgerbeteiligung. Es sollten Gespräche mit den Bürgern und den Grundstückseigentümern geführt werden und aus diesen Erkenntnissen ein grundhaft neuer Antrag aufgesetzt werden.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, wies darauf hin, dass seine Fraktion von Beginn an gegen die von der Verwaltung vorgelegten Maßnahmen ausgesprochen habe und begründete dies insbesondere mit der Fällung der vielen Großbäume. Seiner Ansicht nach sollte eine Alternative gemeinsam mit der Bürgerinitiative erarbeitet werden.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erläuterte ebenfalls seine Sichtweise zur Situation vor Ort und dem vorliegenden Antrag. Zudem ging er auf den Verfahrensablauf zu den jetzt vorliegenden Planungen ein. Jedoch sei das Verfahren noch nicht abgeschlossen, da es im Frühsommer nochmals Veranstaltungen mit den Bürgern und insbesondere der Bürgerinitiative geben werde, um weitere Varianten zu besprechen. Abschließend sprach er sich gegen den vorliegenden Antrag aus und begründete dies insbesondere mit dem Punkt 5 des Antrages, welcher sich gegen den Radweg entlang der Nordhäuser Straße stellt.

Zusammenfassend äußerte sich der Oberbürgermeister zur Situation. Bezugnehmend auf die Bürgerversammlung zur Thematik, welcher er unmittelbar vor oder nach dem Sommer zusicherte, sollten auch die Grundsatzfragen vor Ort geklärt und eine der vorliegenden Varianten als Lösung, welche mehrheitlich befürwortet wird, gefunden werden.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, erläuterte seine Sichtweise und kritisierte die nicht umfänglich stattgefundenen Bürgerbeteiligung. Zudem ging er auf die Aussagen seines Vorredners ein und hoffte auf die zugesicherte Beteiligung der Bürger zu den Planungsvarianten. Abschließend erklärte er, dass seine Fraktion der Drucksache zustimmen werde.

Vor der Abstimmung regte Herr Stampf an, den Punkt 3 des Antrages getrennt und einzeln von den weiteren Punkten abzustimmen.

Hierzu verweist der stellvertretende Stadtratsvorsitzende, dass dieser Antrag ein gesamter Antrag und somit eine Einzelabstimmung nicht möglich sei.

Dies nahm Herr Stampf ohne Widerspruch zur Kenntnis.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die **Drucksache 0532/15** auf.

Nach der Abstimmung wurde der TOP 7.26 aufgerufen.

7.19. Einwohnerantrag gem. § 16 ThürKO: "Verzicht auf den 0532/15
grundhaften Ausbau und der damit verbundenen Ände-
rung der Verkehrsführung in der Nordhäuser Straße"
Einr.: Oberbürgermeister

siehe TOP 7.18

abgelehnt Ja 16 Nein 21 Enthaltung 4 Befangen 0

7.20. Bebauungsplan ALT672 "Johannesufer" - Aufstellungsbe- 0534/15
schluss
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 05.05.2015 mit Änderungen bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die Änderung durch das Amt für Stadtplanung und Stadtentwicklung ist kursiv markiert.

Folgende Änderung im Beschlusspunkt 01 (6. Spiegelstrich):

[...]

- Festsetzung der rückwärtigen Bauflucht zum Flutgraben, die die Bestandsbebauung *Johannesflur Johannesufer* 1-4 nicht überschreitet und eine öffentliche Fuß- und Radwegeverbindung entlang des Flutgrabens ermöglicht

[...]

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache in Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt.

mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Für den Bereich des Johannesufers zwischen Juri-Gagarin-Ring/ Wallstraße und Flutgraben soll gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB der Bebauungsplan ALT672 "Johannesufer" aufgestellt werden.

Der Geltungsbereich liegt in der Gemarkung Erfurt, Flur 124 und 125 und wird begrenzt:

im Nordosten: durch die Böschungsoberkante des Flutgrabens

im Südosten: durch die südöstliche Begrenzung der Flurstücke 81/2, 74/2 und 43/9

im Südwesten: durch die nordöstliche Straßenbegrenzung des Juri-Gagarin-Rings und der Wallstraße

im Nordwesten: durch die Verlängerung der nordwestlichen Flurstücksgrenze des Flurstücks 126.

Mit dem Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt, die der gebietsbezogenen Konkretisierung der Sanierungsziele dienen:

- Sicherung einer geordneten und standortverträglichen städtebaulichen Entwicklung durch Definition von Art und Maß der baulichen Nutzung
- Sicherung und Abgrenzung des Grünraums des Flutgrabens unter Berücksichtigung einer öffentlichen Fuß- und Radwegeverbindung sowie der historischen Mauerreste der ehemaligen Stadtmauer am Johannesufer
- Ausschluss von Einzelhandelsbetrieben, die über die Größenordnung des Anlagentyps des Erfurter Ladens mit maximal 200 m² Verkaufsfläche hinausgehen
- Ausschluss von Wohnnutzungen im Erdgeschossbereich am Juri-Gagarin-Ring
- Festsetzung einer Bauflucht entlang des Juri-Gagarin-Rings und der Wallstraße
- Festsetzung der rückwärtigen Bauflucht zum Flutgraben, die die Bestandsbebauung Johannesufer 1-4 nicht überschreitet und eine öffentliche Fuß- und Radwegeverbindung entlang des Flutgrabens ermöglicht
- Festsetzung der GRZ auf maximal 0,6 und Sicherung eines ausreichenden Anteils wohnnaher Freiflächen
- Begrünungsvorgaben für die Freiflächengestaltung
- Ausschluss oberirdischer Stellplätze
- Sicherung des Lärmschutzes.

02

Der Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

(redakt. Hinweis: Die Übersichtsskizze ist der Niederschrift als Anlage 12 beigelegt.)

7.21. Tempo 30 vor allen Kindertageseinrichtungen
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

0599/15

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 15.04.2015 in die zuständigen Ausschüsse.

Der Bau- und Verkehrsausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 30.04.2015 mit Änderungen im Beschlusspunkt 02.

Der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 05.05.2015 mit Änderungen im Beschlusspunkt 01.

Somit ergaben sich folgende Beschlusspunkte:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der übergeordneten Verkehrsbehörde unverzüglich nach Lösungen zu suchen, um vor allen Zugängen von Kindertagesstätten **und Grundschulen** in Erfurt, wo derzeit noch die zulässige Geschwindigkeit von 50 km/h gilt, werktags zu den Öffnungszeiten der jeweiligen Einrichtung, die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h zu begrenzen.

02

Der Stadtrat empfiehlt, die Kontrolle der Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung vor Kindertageseinrichtungen und Grundschulen soll oberste Priorität bei der Planung der städtischen Verkehrsüberwachung haben.

Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, erläuterte die Intention der Drucksache seiner Fraktion. Den Änderungen der Ausschüsse stehe seine Fraktion positiv gegenüber, so Herr Stassny.

Herr Kordon, Fraktion CDU, gab bekannt, dass seine Fraktion den Antrag unterstützen werde.

Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte im Namen seiner Fraktion die Drucksache.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache in Fassung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile (Beschlusspunkt 01) und des Bau- und Verkehrsausschusses (Beschlusspunkt 02) auf.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, sprach sich für die Drucksache aus und regte an, zumindest in ersten Gesprächen mit dem Investor den Namenszusatz vorzuschlagen.

Frau Gabor, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, entgegnete dem Vorschlag des Namenszusatzes positiv, wies jedoch auf die Auflagen der geschlossenen Verträge hin, in welchen keine solchen Einschränkungen möglich sind. Daher werde ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Prof. Dr. merforth, Fraktion SPD, erläuterte seine Sichtweise und sprach sich ebenfalls gegen die Drucksache aus, da solch eine zwingende Vorgabe nicht möglich sei in den Ausschreibungen. Dennoch sollte der Vorschlag in ersten Gesprächen mit dem Investor angebracht werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zunächst die Drucksache (inkl. redaktioneller Änderung) in Fassung des Werkausschusses Erfurter Sportbetrieb zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 0
Nein-Stimmen: 38
Enthaltungen: 2

Damit wurde diese Fassung abgelehnt und es erfolgte die Endabstimmung über die Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN (Drucksache 1148/15).

abgelehnt Ja 14 Nein 24 Enthaltung 2 Befangen 0

7.22.1. Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN zur DS 1148/15
0609/15 - Name der Multifunktionsarena

abgelehnt

7.23. Reintegration des Erfurter Sportbetriebs in die Stadt- 0631/15
verwaltung Erfurt
Einr.: Fraktion CDU

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 15.04.2015 in die zuständigen Ausschüsse.

Der Ausschuss für Bildung und Sport bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 29.04.2015 mit folgenden Änderungen (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0):

Änderung im Beschlusswortlaut - Zustimmung durch die einreichende Fraktion:

"... Der Prüfbericht ist am Ende des ~~dritten Quartals 2015~~ zweiten Quartals 2016 den entsprechenden Ausschüssen sowie dem Stadtrat vorzulegen."

Der Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 07.05.2015 (Ja 4 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0).

Frau Walsmann, Fraktion CDU, erläuterte die Intention der Drucksache ihrer Fraktion und bat um Zustimmung inkl. der Änderung des Ausschusses für Bildung und Sport.

Herr Metz, Fraktion SPD, signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die Drucksache in Fassung des Ausschusses für Bildung und Sport abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 35 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen ob und in welcher Weise der Erfurter Sportbetrieb neu strukturiert werden und die Aufgaben des Sportbetriebes in die Stadtverwaltung zurück eingegliedert werden können. Dabei ist der Sportbetrieb einer Aufgabenkritik zu unterziehen. Einzubeziehen sind dazu organisatorisch personelle und auch finanzielle Aspekte. Der Prüfbericht ist am Ende des zweiten Quartals 2016 den entsprechenden Ausschüssen sowie dem Stadtrat vorzulegen.

7.24. Erfurt wird TTIP-freie Stadt 0651/15
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE, Daniel Stassny (Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN), Peter Städter (Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN)

Gemäß der Festlegung unter TOP 2 wurde der Tagesordnungspunkt nach dem TOP 7.26 behandelt.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorliegt.

Zudem erklärte er, dass das Rederecht für die Bürgerinitiative im Hauptausschuss am 26.05.2015 vereinbart wurde und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt werde.

An der Diskussion beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Städter, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN und Vertreter der Bürgerinitiative,
- Frau Walsmann, Fraktion CDU,
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- Frau Hahn, Fraktion DIE LINKE.,
- Herr Prof. Dr. Merforth, Fraktion SPD,

- Herr Gloria, Fraktion SPD,
- Herr Kemmerich, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN,
- Herr Groß, Fraktion SPD,
- Frau Dr. Glaß, Fraktion DIE LINKE. und
- Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.

Zu Beginn erläuterte Herr Städter als Vertreter der Bürgerinitiative den Hintergrund zur Thematik und die Intention der Drucksache. Zudem nannte er mehrere Städte, die sich ebenfalls für die TTIP-freie Zone einsetzen, wie beispielsweise Gotha. Abschließend übergab er dem Oberbürgermeister eine Unterschriftenliste mit über 1000 Unterschriften.

Frau Walsmann, Fraktion CDU, hielt den Antrag lediglich für einen Schaufensterantrag, dessen Entscheidung dem Stadtrat nicht zustehe. Daher werde ihre Fraktion bei der Abstimmung nicht teilnehmen.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intention der Drucksache und verwies auf die Bedeutung der Thematik.

Frau Hahn, Fraktion DIE LINKE., ging auf die Vor- und Nachteile ein und bat ebenso wie Herr Blechschmidt um Zustimmung zur Vorlage.

Weiterhin wurden die unterschiedlichen Sichtweisen zur Thematik erläutert, wobei sich Herr Gloria für eine TTIP-freie Stadt und Herr Kemmerich sich persönlich für TTIP aussprach. Zudem wurde auf die wirtschaftlichen und zukünftigen Aspekte und Auswirkungen eingegangen.

Als keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 30 Nein 4 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, Erfurt zur TTIP-freien Zone zu erklären.

Im Anschluss an die Abstimmung gab Frau Walsmann folgende Erklärung zu ihrem Abstimmverhalten ab:

"Für das Protokoll bitte ich nochmal um Aufnahme, dass die CDU-Stadtratsfraktion – die anwesenden Mitglieder – sich an der Abstimmung nicht beteiligt haben."

Anschließend wurde der TOP 7.1 zur Beratung aufgerufen.

7.25.	Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines Grundstücks in Erfurt-Nord Einr.: Oberbürgermeister	0786/15
--------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache in seiner Sitzung am 26.05.2015 einstimmig bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat stimmt der Veräußerung des Grundstückes "Nordhäuser Straße 112" in der Gemarkung Erfurt - Nord, Flur 11, Flurstücke 253, 254 und 255 mit insgesamt 413 m² mindestens zum Verkehrswert und nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung zu. Alternativ zur Veräußerung soll auch die Bestellung eines Erbbaurechtes mit einer Laufzeit von maximal 90 Jahren zu mindestens 4 % Erbbauzins möglich sein.

02

Bei der Vergabe wird auf die Berücksichtigung des Nutzungskonzeptes verzichtet, da es sich bei dem betreffenden Objekt um ein Mehrfamilienhaus handelt.

03

Der Stadtrat stimmt der dinglichen Sicherung eines Rückkaufrechtes zu Gunsten der Stadt Erfurt für die im Rahmen der Straßenraumverbreiterung "Nordhäuser Straße" tatsächlich in Anspruch genommene Fläche des Flurstückes 255, der Flur 11 der Gemarkung Erfurt-Nord im Zuge des Verkaufes zu.

04

Der Stadtrat erklärt außerdem die Belastungsvollmacht für noch aufzunehmende Grundschulden zur Finanzierung des Kaufpreises und der Investitionen für dieses Grundstück.

05

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die in den Beschlusspunkten 01 bis 04 genannten Festlegungen umzusetzen.

7.26. Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter 0857/15
in der Verwaltungsgerichtsbarkeit beim Verwaltungsgericht Weimar
Einr.: Oberbürgermeister

Gemäß der Festlegung unter TOP 2 wurde der TOP 7.26 direkt nach der Abstimmung des Tagesordnungspunktes 7.19 behandelt.

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes wurde die Anzahl der anwesenden Mitglieder des Stadtrates mit 40 festgestellt.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass für die Aufnahme in die Liste nach § 28 VwGO die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Stadt-

rates (27), mindestens jedoch die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl (26) erforderlich ist.

Zum Abstimmungsverfahren erklärte er, dass über jeden Vorschlag gesondert Beschluss zu fassen ist und somit eine Einzelabstimmung nach Aufruf der Namen an Hand der Liste erfolgt.

Der Hauptausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 26.05.2015 einstimmig (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Sodann rief Herr Gillmann, Stadtratsreferent, jeden Namen der Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter in der Verwaltungsgerichtsbarkeit beim Verwaltungsgericht Weimar im Jahr 2015 einzeln zur Abstimmung auf.

Lfd. Nr.	Name	Vorname	Abstimmungsergebnis			
			Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Stimm-enthaltungen	
1	In der Au	Astrid	40	0	0	-> damit beschlossen
-2	Busch	Anja	40	0	0	-> damit beschlossen
3	Frings	Marc	40	0	0	-> damit beschlossen
4	Nowak	Horst	40	0	0	-> damit beschlossen
5	Riemann	Kristina	40	0	0	-> damit beschlossen
6	Richardt	Aaron	40	0	0	-> damit beschlossen
7	Serafimow-Keilwerth	Petra	40	0	0	-> damit beschlossen
8	Jerke	Steffi	40	0	0	-> damit beschlossen
9	Kreuser	Constanze	40	0	0	-> damit beschlossen
10	Dr. Schermesser	Jürgen	40	0	0	-> damit beschlossen
11	Lewik	Daniela	40	0	0	-> damit beschlossen
12	Stade	Christoph	40	0	0	-> damit beschlossen
13	Capraro	Annegret	40	0	0	-> damit beschlossen
14	Rudnick	Torsten	40	0	0	-> damit beschlossen
15	Göpfert	Birgit	40	0	0	-> damit beschlossen
16	Bierbrauer	Yvonne	40	0	0	-> damit beschlossen

17	Espenhahn	Axel	40	0	0	-> damit beschlossen
18	Schack	Gerald	40	0	0	-> damit beschlossen
19	Wöllner	Stefan	40	0	0	-> damit beschlossen
20	Sauerteig	Peter	40	0	0	-> damit beschlossen
21	Ritze	Volker	40	0	0	-> damit beschlossen
22	Rodemann	Frank	40	0	0	-> damit beschlossen
23	Beck	Stefan	40	0	0	-> damit beschlossen
24	Lustermann	Hagen	40	0	0	-> damit beschlossen
25	Reichenbach	Jörg	40	0	0	-> damit beschlossen
26	Buchholtz	Hilka	40	0	0	-> damit beschlossen
27	Freitag	Bernd	40	0	0	-> damit beschlossen
28	Constabel	Karola	40	0	0	-> damit beschlossen

Anschließend gratulierte der stellvertretende Stadtratsvorsitzende den Gewählten.

beschlossen

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt die Aufnahme der nachfolgend benannten Personen in die Vorschlagsliste der Stadt Erfurt für die Wahl der ehrenamtlichen Richter für die Verwaltungsgerichtsbarkeit beim Verwaltungsgericht Weimar im Jahr 2015.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 13 beigefügt.)

Im Anschluss wurde der TOP 7.24 zur Beratung aufgerufen.

7.27. Mandatswechsel - Mitglied im Regionalbeirat der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft "Region Erfurt-Weimar-Jena - Die Impuls-Region **0877/15**
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt werde.

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Als Mitglied des Regionalbeirats der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft "Region Erfurt-Weimar-Jena - Die ImPuls-Region" wird durch den Stadtrat

Herr Rüdiger Bender

benannt.

(bisher Frau Dr. Karin Ehler)

**7.28. Minderausgaben für Kita-Sanierung nutzen 0965/15
Einr.: Fraktion CDU**

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorliegt und keine Vorberatung stattfand.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, erläuterte die Intention der Drucksache und bat um Zustimmung.

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stand der Rückerstattung der Essensgelder positiv gegenüber, jedoch nicht dem Vorschlag für die Elternbeiträge. Da beides miteinander im Beschlusspunkt 01 verknüpft wurde, könne sie der Drucksache nicht zustimmen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

abgelehnt Ja 17 Nein 23 Enthaltung 0 Befangen 0

8. Informationen

Informationen lagen nicht vor. Somit beendete der stellvertretende Stadtratsvorsitzende, Herr Horn, die öffentliche Sitzung des Stadtrates.

gez. Horn
stellv. Stadtratsvorsitzender

gez. 
Schriftführer/in

